



GÖTTINGER BLÄTTER

10.2015

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

Aufruf zur Großdemonstration am 10. Oktober 2015 in Berlin

▶ TTIP & CETA stoppen! Für einen gerechten Welthandel!

Im Herbst 2015 tritt die Auseinandersetzung um die Handels- und Investitionsabkommen TTIP und CETA in die heiße Phase. Beide Abkommen drohen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu untergraben und auszuhebeln.

Es ist höchste Zeit, unseren Protest gegen die Abkommen auf die Straße zu tragen!

Wir treten gemeinsam für eine Handels- und Investitionspolitik ein, die auf hohen ökologischen und sozialen Standards beruht und nachhaltige Entwicklung in allen Ländern fördert. Sie muss insbesondere

- ▶ Demokratie und Rechtsstaat erhalten sowie die Gestaltungsmöglichkeiten von Staaten, Ländern und Kommunen gewährleisten und auch für die Zukunft sichern,
- ▶ nationale wie internationale Standards zum Schutz von Mensch und Umwelt respektieren und stärken sowie
- ▶ die Entwicklung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung fördern sowie Verantwortung und Rechenschaftspflichten von Unternehmen weltweit festschreiben.

Wir brauchen soziale und ökologische Leitplanken für die Globalisierung. Doch TTIP und CETA gehen in die falsche Richtung: Der „Wert“ des Freihandels wird über die Werte ökologischer und sozialer Regeln gestellt. Sonderrechte für Investoren und Investor-Staat-Schiedsverfahren gefährden parlamentarische Handlungsfreiheiten. TTIP und CETA setzen öffentliche und gemeinnützige Dienstleistungen und Daseinsvorsorge, kulturelle Vielfalt und Bildungsangebote unter Druck. Sie ziehen die falschen Lehren aus der Finanzkrise, stärken internationale Konzerne und schwächen kleine und mittelständische Unternehmen, auch in der Landwirtschaft. TTIP und CETA grenzen die Länder des globalen Südens aus, statt zur Lösung globaler Probleme wie Hunger, Klimawandel und Verteilungsgerechtigkeit beizutragen.

Wir treten daher für internationale Abkommen ein, die

- ▶ Umwelt-, Sozial-, Daten- und Verbraucherschutzstandards erhöhen, statt sie zu senken oder auszuhebeln;
- ▶ Arbeitsstandards wie die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) festschreiben, statt sie auszuhöhlen;
- ▶ öffentliche und gemeinnützige Dienstleistungen und Daseinsvorsorge stärken, statt sie zu schwächen;
- ▶ kulturelle Vielfalt und öffentliche Bildungsangebote fördern, statt sie als Handelshemmnis zu betrachten;
- ▶ bäuerliche und nachhaltige Landwirtschaft sowie artgerechte Tierhaltung voranbringen, statt Gentechnik und industrielle Landwirtschaft zu fördern;
- ▶ die Macht von Konzernen und Finanzmarkt-Akteuren begrenzen, statt sie zu vergrößern;
- ▶ global ausgerichtet sind statt die Mehrheit der Menschen auszugrenzen und
- ▶ transparent und offen verhandelt werden statt geheim und in Hinterzimmern.

im Internet

www.goettinger-blaetter.de

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

Aufruf TTIP	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
GöLinke	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. Europabüro	7
Grobian	8
GöLinke Ratsinfo	9
DIE LINKE. Solid	10
DIE LINKE. Kreisverband	11
„Aus die Maus“	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 11.2015
ist der 16. Oktober.
Auslieferung am 22. Oktober.




Gemeinsam gegen TTIP und CETA

**Samstag, 10. Oktober,
Zentrale Demonstration in Berlin**

Es werden Busse aus Bad Harzburg, Bad Lauterberg, Dassel, Dransfeld, Duderstadt, Einbeck, Gieboldehausen, Göttingen, Goslar, Hann.-Münden, Herzberg, Moringen, Northeim, Osterode, Seesen, und Uslar fahren. Infos und Anmeldungen beim DGB.

Eine Liste mit den Busverbindungen zur Großdemonstration in Berlin findet Ihr auf Seite 12.



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: www.goettingen.vvn-bda.de • Email: vvn-goettingen@secarts.org

Zum Antikriegstag 2015:

▶ 70 Jahre nach der Befreiung von Faschismus und Krieg

Erklärung des Bundessprecherkreises der VVN-BdA vom 1. September 2015

Am 1. September 1939 begannen zugleich die beiden Menschheitsverbrechen des deutschen Faschismus, die untrennbar miteinander verbunden sind: Vernichtungskrieg und Holocaust. Solange die Ostfront hielt, brannten die Krematorien in Auschwitz und allen anderen Vernichtungslagern.

Nach den bitteren Erfahrungen, dass Deutschland zum zweiten Mal in einem halben Jahrhundert Europa mit Krieg überzogen hatte, wurden 1945 im historischen Potsdamer Abkommen Regelungen getroffen, die sicherstellen sollten, dass nie wieder Krieg von deutschem Boden ausgehen sollte. Im Artikel 139 fand diese Gesetzgebung Eingang ins Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland.

Den seit 1945 geltenden Prinzipien widerspricht der Wiedereintritt Deutsch-

lands in die Reihe der Krieg führenden Länder. Wesentliche Teile der deutschen Eliten setzen unter dem Motto „Neue Macht – neue Verantwortung“ auf weitere Militarisierung der deutschen Außenpolitik. In den nächsten Jahren soll der Rüstungshaushalt auf 35 Mrd. Euro erhöht werden.

Die neuen deutschen Weltmacht-Ambitionen werden bestärkt, indem USA und NATO verlangen, dass Deutschland die USA in der Rolle als Weltordnungsmacht unterstützt, um im Gegenzug eine stärkere Berücksichtigung „deutscher und europäischer“ Interessen zu erlangen.

Schon heute sind die Folgen der globalen Interventionspolitik katastrophal. 60 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht, die meisten von ihnen fliehen vor Kriegen und deren Folgen. Auch dort, wo keine deutschen Soldaten an diesen Kriegen beteiligt sind, sind doch deut-

sche Waffen im Einsatz: die exzessiven Waffenexporte bringen den Produzenten Gewinn, bringen aber in weite Teile der Welt Tod, Elend und Verzweiflung.

Wir fordern eine Umkehr dieser Politik!

- Schluss mit den weltweite Kriegseinsätzen der Bundeswehr. Gegen den Umbau der Bundeswehr zu einer weltweiten Interventionsarmee.
- Schluss mit den Rüstungsexporten. Wir brauchen Rüstungskonversion: zivile statt Rüstungsproduktion.
- Die Beschaffung von Kampfdrohnen wird gestoppt. Der Einsatz von Spionagedrohnen zur Überwachung der Bevölkerung wird untersagt.
- Das Verbot, die Ächtung und Vernichtung von ABC-Waffen werden eingeleitet. Abzug der US-Atomwaffen aus Büchel.
- Wir fordern offene Grenzen insbesondere für Menschen auf der Flucht vor Verfolgung und Not und die Wiederherstellung des Asylrechts in der ursprünglichen Fassung des Artikels 16 im Grundgesetz.

**Nein zum Krieg!
Nato und Bundeswehr stoppen!**

Literaturempfehlung:

Hans-Rüdiger Minow: Der Zug der Erinnerung, die Deutsche Bahn und der Kampf gegen das Vergessen,

Stuttgart (Schmetterling Verlag) 2014, 448 Seiten, 24,80 Euro, ISBN 3-89657-150-8

Wie die Reichsbahn damals ihre Einnahmen berechnen ließ, das kann man einem kleinen, fast unscheinbaren Dokument im Anhang des Buches entnehmen. Allein für die „Packwagengestellung“ für den Transport vom 21. Juli 1942 veranschlagte die Geheime Staatspolizei auf dem „Gutschein“, den sie einen Tag zuvor ausstellte, genau 3.658 Reichsmark. Hinzu kam die „Personenbeförderung“ - der „Fahrpreis“ für die 985 Jüdinnen und Juden, die in den „Packwagen“ über die 762 Kilometer lange Strecke „vom Bahnhof Düsseldorf-Derendorf nach Theresienstadt (Böhmen-Mähren)“ deportiert werden sollten.

Die Geheime Staatspolizei bezifferte ihn auf exakt 15.071 Reichsmark. Mit dem Deportationszug vom 21. Juli 1942 verdiente die Reichsbahn also insgesamt 18.729 Reichsmark; das entspricht einer Summe von heute rund 90.000 Euro. Für ihre Verschleppung in den Tod mussten die Opfer selbst oder ihre Vertretungskörperschaften zahlen. Die Reichsbahn zog aus den Einkünften aus der Deportation in die Konzentrations- und Vernichtungslager hingegen Profit.

Wie kann es sein, dass das materielle Vermögen der Reichsbahn – generiert auch aus dem Deportationsprofit – in

das Vermögen der Deutschen Bahn AG übergegangen ist, die Überlebenden der Bahn-Deportationen und die Angehörigen der Opfer aber nie entschädigt wurden, nicht einmal für den „Fahrpreis“, der ihnen abgepresst worden war? Eine Frage, die die Bürgerinitiative seit Anfang 2005 nicht zur Ruhe kommen ließ - und die ihr bald heftige Auseinandersetzungen mit der Deutschen Bahn bescherten, der die Erinnerung an die Beteiligung ihres Vorgängerunternehmens am Massenmord an den europäischen Juden überhaupt nicht gelegen kam. Den Opfern einen Namen geben, Entschädigung für die Deportationen in den Tod, Aufklärung über die totgeschwiegenen Verbrechen bestimmten seither die Aktionen und Kampagnen der Initiative „Zug der Erinnerung“. In seinem Buch gelingt Rüdiger Minow erstaunliche Einblicke in das „politische Management der deutschen Erinnerungsabwehr“.

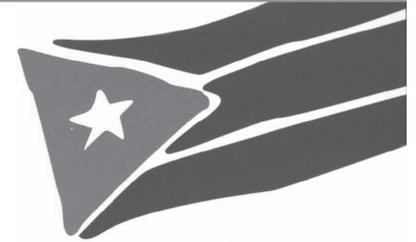
Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlung

Dienstag, den 06. Oktober

Die Treffen finden um 20:00 im Berliner Hof statt



unser Kooperations-
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

▶ Agent gegen Kuba gesucht

USA schreibt Stellen für die Organisation von Contraaktivitäten auf der sozialistischen Karibikinsel aus

Auf der ersten Sitzung der von den Außenministern Bruno Rodríguez und John Kerry bei dessen Besuch in der kubanischen Hauptstadt am 14. August vereinbarten bilaterale Kommission Kuba-USA ging es am vergangenen Freitag in Havanna auch um Fragen der Menschenrechte, um Demokratie und Zivilgesellschaft. Doch während die US-Delegation vorgab, sich mit der kubanischen Seite über unterschiedliche Auffassungen zu diesen Themen »offen und respektvoll« austauschen zu wollen, waren in Washington bereits Entscheidungen gefallen, die Programme für einen Systemwechsel auf der sozialistischen Karibikinsel auszuweiten.

Der US-amerikanische Journalist Tracey Eaton veröffentlichte am 9. September in seinem Blog »Along the Malecón« eine Stellenausschreibung der vorgeblichen US-Entwicklungshilfebehörde USAID, die ab sofort für Jahresgehälter von 90.823 bis 139.523 US-Dollar mehrere Geschäftsführer für ihre »Kuba-Programme« sucht. Die Bewerbungsfrist für die Posten läuft bis zum 8. Oktober. Das Anforderungsprofil an die Agenten in Spe verlangt unter anderem Erfahrungen in »Demokratieförderung, der Entwicklung von Zivilgesellschaften und Programmen für Jugendliche«. Zu den Aufgaben gehöre auch die Koordinierung der Kuba-Aktivitäten von Mitarbeitern des USAID, des Kongresses, des Außenministeriums und des Finanzministeriums.

Akzeptierte Bewerber würden zudem einem neunmonatigen geheimen Sicherheitscheck unterzogen. Als Begründung heißt es, die Weitergabe von Informationen über Tätigkeiten und Kenntnisse in dieser Position könnten dem nationalen

Sicherheitsinteresse der USA »schweren Schaden« zufügen. Weil Kuba ein »non-presence« Land sei, was bedeutet, dass USAID dort keine eigenen Büros unterhält, sei der Einsatzort Washington. »Dies lässt vermuten, dass die Umsetzung dieser Pläne durch US-amerikanische »Diplomaten« der Botschaft in Havanna, erledigt werden soll«, schreibt der kubanische Publizist und Buchautor Néstor García Iturbe im Blog »Contrainjerencia«.

Zeitgleich mit USAID sucht auch das vom US-Außenministerium finanzierte »National Endowment for Democracy« (NED) neues Personal für seine »Demokratieprogramme« in Kuba. Laut Eaton, der die NED-Stellenanzeige am 10. September in seinem Blog veröffentlichte, soll der neue Mitarbeiter unter anderem die Kommunikation mit potentiellen und bestehenden »Begünstigten« pflegen und deren Arbeit überwachen.

Zu den Aufgaben gehören zudem Aufbau und Ausbau von Beziehungen mit anderen Organisationen, die ähnliche Ziele verfolgen, sowie die Organisation von und Teilnahme an »Events« zur Demokratieförderung in Kuba. Bewerber müssen mindestens fünf Jahre Erfahrungen in »demokratiebezogener Arbeit« vorweisen und »flexibel« sein, da ihr Einsatz zeitweise Aufenthalte, Arbeit und Reisen in ganz Lateinamerika erfordere.

Über das Ausmaß von subversiven Programmen gibt eine im September bei Eaton eingegangene Antwort des USAID Auskunft. Eaton hatte bereits im Oktober 2011 wissen wollen, welche Summen Steuergelder USAID in den vergangenen Jahren der in Miami ansässige Contra-

gruppe »Grupo de Apoyo a la Disidencia« und deren Chef Frank Hernández Trujillo zukommen ließ. Nach der jetzt erteilten Information zahlte USAID zwischen September 2000 und August 2010 mehr als zehn Millionen US-Dollar an diese Organisation. Die Mittel seien unter anderem für die Verteilung von Geld und Nahrungsmitteln an Häftlinge, sowie für »unabhängige« Büchereien, Kliniken und Journalisten in Kuba verwendet worden.

»Alles das ist ganz normal«, spöttelt Néstor García Iturbe in Anspielung auf die von US-Präsident Barack Obama angekündigte Normalisierung des Verhältnisses zwischen den USA und Kuba. »Das USAID macht seine Arbeit, um den Feind zu erledigen, der in Kuba die Macht ergriffen hat. Währenddessen gehen die Gespräche weiter.«

▶ Kuba: USA wollen Blockade lockern

Washington. Die USA bereiten eine weitere Lockerung der Wirtschaftsblockade gegen Kuba vor. So sollen erstmals seit mehr als einem halben Jahrhundert US-Firmen Büros in Kuba eröffnen dürfen, wie aus einem der Nachrichtenagentur Reuters Vorliegenden Entwurf des Präsidialamts hervorgeht. Auch sollen Joint Ventures mit kubanischen Unternehmen ermöglicht werden, verlautete aus Regierungskreisen am Donnerstag. Zudem würden die Beschränkungen für Softwareexporte gelockert. Die Pläne sollten noch vor dem Wochenende vorgestellt werden. Sie dürften allerdings auf Widerstand der Republikaner im Kongress stoßen.

Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, www.dkp-goettingen.de, goettingen@dkp-niedersachsen.de

► Katastrophal bis menschenunwürdig! Zur Lage der Flüchtlinge in Friedland

Ein Genosse, der selbst mit seiner Familie vor 12 Jahren aus Syrien nach Deutschland flüchtete, berichtet von seinen Eindrücken:

„Zwei Erlebnisse möchte ich hier wiedergeben. Als ich im Klinikum war, wurde nach einem arabischen Dolmetscher gefragt. Ich traf ein 13-jähriges Kind mit einer gebrochenen Hand und einer Infektion mit hohem Fieber.

Die sprachlichen Hindernisse wurden bei Unkenntnis unseres strapazierten, deutschen Gesundheitssystem zu einem echten Problem. Nach vier Stunden Wartezeit ohne jegliche Kommunikation geht der Vater mit seinem Kind weg, das Kind wurde vorher nur kurz aufgenommen (in der Zeit meiner Anwesenheit), danach mussten sie auf den Unfallchirurgen warten. So musste ich dann zurückkommen, um die Familie zu suchen. Bei der Entlassung gab es keine Medikamente (das Klinikum konnte keine Fieber senkenden Mittel entbehren), die sollte ich dann holen. Auf dem Rezept stand keine Krankenkasse, so musste ich – als wären sie Privatpatienten! – das Geld auslegen. Zurück in Friedland wurde der Familie als bestmögliche Übernachtungsmöglichkeit der Korridor angeboten. Eine Familie mit drei kleinen Kinder, eines davon wie oben geschildert schwer krank, die Mutter zudem schwanger. Alle im Korridor! Das galt als eine „Verbesserung“ gegenüber der Übernachtung im Zelt!

Als die Faschisten in Friedland marschieren wollten (und deren Aktion verboten wurde), nahmen viele aufrechte Demokraten und Antifaschisten die Gelegenheit wahr, Solidarität mit den Flüchtlinge zu demonstrieren. So traf ich dort fröhliche syrische Kinder (maximal 12-Jährige), die mir von ihrer Übernachtung mit sieben Familien (nicht Personen!!) in einem Zelt berichteten. Der Zelt hat keinen Boden, sondern ist nur auf das Gras gestellt und gerade einmal 30 qm groß. Dort gibt es

keinen Strom, kein Licht, bei Regen wird alles dreckig. Die männlichen Bewohner des Zeltes, meist mit ihren Kindern lebend, haben viel zu erzählen:

Die Mütter sind noch zuhause oder in der Türkei. Sie selbst wurden bisher nicht registriert und erhalten dementsprechend keine staatlichen monetären Leistungen. Dies schon seit mehreren Monaten, wie einige Flüchtlinge mir übereinstimmend berichteten. Es gibt sogar Menschen in Friedland, die Überweisungen von Familienangehörigen im Ausland bekommen, um im Lager notdürftig über die Runden zu kommen. Mehrere sind derart unzufrieden, dass sie über Flucht in andere Länder nachdenken oder gar überlegen, nach Syrien zurückzukehren. Dort sei ein Leben trotz allem in Würde möglich. Ihre kaputten Häuser, die sie mir auf das Handy zeigten, würden sie wieder aufbauen.

Auch die Versorgung spottet jeder Beschreibung: Essensschlangen gab es durchgehend von 11:00 bis 16:00 Uhr, Warten bis zu zwei Stunden ist an der Tagesordnung. Obwohl manche selber kochen! Über hygienische Standards muss man nicht berichten. „Hallo Niedersachsen“ berichtet sogar, dass Menschen Wasser aus den Toiletten trinken würden.

Die BRD ist ein großer Waffenexporteur in der Welt, beteiligt sich über verschiedene Wege am Krieg und bombardierte aktiv Jugoslawien, aus der im Moment zehntausende Menschen hierher Zuflucht suchen. Bis 31.8.2015 waren laut BAMF lediglich knapp über 250000 Menschen Flüchtlinge in der BRD (das ist niedriger als die Anzahl der Flüchtlinge im Jahr 1993) und trotzdem gelingt es einem der reichsten Länder der Welt nicht, die Asylfrage menschenwürdig zu organisieren. Dies trotz dem großen zivilgesellschaftliche Engagement, die mich als ehemaligen Flüchtlingsaktivist überrascht und beeindruckt.“

Mitgliederversammlungen/ Termine/Veranstaltungen

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden im Roten Zentrum, Lange Geismarstraße 2, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

Freitag, 02. Oktober,

Aktionstag gegen TTIP, Jakobikirchhof, Göttingen

Samstag, 10. Oktober,

TTIP-Demo, Berlin

MV Dienstag, 13. Oktober, 20:00 Uhr

„Sparprogramme töten“ über die Auswirkungen der Sparpolitik

MV Dienstag, 27. Oktober, 20:00 Uhr

vor der Kommunalpolitischen Konferenz, Schwerpunkt Wohnungspolitik

MV Dienstag, 10. November, 20:00 Uhr

vor dem Bundesparteitag, ausgewählte Anträge

Bildungskurs:

Einführung in die Politische Ökonomie II

Der Kurs aus der Winter 14/15 wird im November 2015 am **Dienstag dem 3.11.15 oder Di 17.11.15** weitergeführt werden.

Voraussichtlich jeden **2. Dienstag, um 20 Uhr** bei Arbeit und Leben für 2 Stunden.

Alle Teilnehmer aus dem Kurs I sind herzlich eingeladen, die gemeinsame Arbeit fortzusetzen. Neue Teilnehmer benötigen ein solides Grundwissen.



► Einladung zur 1. Kommunalpolitischen Konferenz

Wie angekündigt (s. Göttinger Blätter 7/15) wird die WählerInnengemeinschaft Göttinger Linke die Vorbereitungen auf die Kommunalwahl planmäßig mit einer 1. Kommunalpolitischen Konferenz beginnen. Ziel dieser Konferenz ist es, linke und fortschrittliche Kräfte einzuladen, sich und ihre politischen Anliegen in das Wahlprogramm bei der Kommunalwahl 2016 einzubringen.

Samstag, 17. Oktober, 11.00 – 16.00 Uhr
Ausbildungsrestaurant „Schaltwerk“
Lange Geismarstr. 72 – 73, Göttingen

Vorschlag für die Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Kurzreferat Rückblick / Ausblick
3. Thematische Eingangstatements zu verschiedenen Themen
4. Diskussion
5. Bildung von Arbeitsgruppen / Redaktionsgruppe
6. weitere Vereinbarungen
7. Schlusswort

(Mittags wird es eine Pause und einen Imbiss geben. Wir bitten um Anmeldung unter goelinke@web.de)

Zu dem TOP 3 sind verschiedene „SpezialistInnen“ eingeladen, die auf unterschiedlichen kommunalpolitischen Feldern tätig sind und die der Konferenz jeweils einen kurzen Einblick in diese Felder geben können.

Zeitplan nach dem 17.10.

- **bis 15.12.:** Erste Ergebnisse der AG'en
- **30.1.:** 2. Kopol Konferenz mit Vorstellung der AG-Ergebnisse u. Bildung der Wahlkampf-Kommission
- **16.4. (?)** 3. Kopol. Konferenz mit Beschluss des Wahlprogramms und Wahl der KandidatInnen
- **Ende August:** Einreichung der Listen beim Wahlleiter

► Willkommen im Café International!

Immer mittwochs von 17-19 Uhr heißt es im Café Inti in der Burgstrasse 17: Willkommen im Café International! Bei von vielen Gästen finanzierten Soligetränken kommen Flüchtlinge und Göttinger*innen miteinander ins Gespräch. Dolmetscher*innen werden eingebunden. Es handelt sich um keine weitere Asylberatungsstelle, sondern ei-

nen Ort der Begegnung, des Austauschs und des sozialen Lebens. Manchmal gibt es mittwochs Hilfsangebote, dann werden Leute soweit es geht vermittelt, das ist aber nicht das erste Anliegen. Es ist auch deshalb schwierig, weil gerade niemand den Überblick über alles hat, was es gibt. Wenn Leute für das Café spenden wollen, können sie das direkt im Inti machen,

Kontakte:

Wählerinnengemeinschaft GöLinke

Rotes Zentrum,
 Lange Geismarstraße 2
 37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
 E-Mail: goelinke@web.de

SprecherInnenkreis:

Gerd Nier, Dr. Peter Strathmann,
 Marianne Mogk, Thomas Bahrs,
 Dr. Christian Schüler, Gunnar Siebecke

Fraktion Göttinger Linke

im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus, Zi. 196 (1.Stock)
 Hiroshimaplatz 1-4
 37083 Göttingen
 Telefon 05 51-4 00 24 99
 Fax 05 51-400 20 79
goelinke-fraktion@goettingen.de

FraktionsmitarbeiterIn:

Stine Rummel-Strebelow

Öffnungszeiten des Büros:

Dienstag, 09-13 Uhr
 Mittwoch, 13-16.30 Uhr
 Donnerstag, 09-14 Uhr
 und nach Vereinbarung

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17.30 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger:

Patrick Humke (Fraktionsvorsitzender)
 Torsten Wucherpfennig
 Civar Akad

Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

Mittwoch, 28. Oktober, 19.00 Uhr

Thema: Flächennutzungsplan

Neues Rathaus, Raum 112

indem sie einfach mehrere Soligetränke bezahlen.

Größere Spenden können gemacht werden z.B. für den Flüchtlingsfond, mit dem Flüchtlinge ohne offizielles Bleiberecht, die von Abschiebung bedroht sind, finanziell unterstützt werden:

Spendenkonto:

Kirchenkreisamt Göttingen
IBAN DE77 2605 0001 0000 0008 28
Zweckeintrag (bitte genauso angeben)
Ausländerpfarramt Flüchtlingsfond

Weiteres Spendenkonto:

AK Asyl Goettingen e.V.,
Sparkasse Goettingen,
IBAN: DE03 2605 0001 0001 0775 02
Stichwort: Spende

DIE LINKE.

www.die-linke-goettingen.de

Kreismitgliederversammlung:

Keine Kreismitgliederversammlung im Oktober

Veranstaltungen des Kreisverbandes:

Griechenland – wie weiter?

Diskussions- und Informationsveranstaltung mit Sabine Lösing, MdEP und Dr. Gregor Kritidis, DGB
Freitag, 2. Oktober, 19 Uhr, bei Arbeit und Leben, Lange Geismar Straße 72 – 73,
 Nach den Neuwahlen in Griechenland am 20. September wollen wir mit unseren Expert*innen darüber sprechen, wie sie die Situation in Griechenland und die Frage linker Solidarität einschätzen.

Große bundesweite Anti-TTIP-Demo in Berlin am 10. Oktober

Fahrt bitte alle mit, um gegen TTIP, CETA und TISA zu demonstrieren!
 Die Busfahrt nach Berlin wird vom DGB finanziert. Anmeldungen für DIE LINKE (unbedingt erforderlich!) bei Meike Brunken: akiraki8@web.de oder Tel. 01577 78 25 333)

TTIP_Aktionstag in Göttingen am Freitag, 2.10., LINKER Stand 15 bis 18 Uhr

Weitere Informationen zur Demo und Aktionstag, S. 1 und 12

Linker Stammtisch für Alle!

Mittwoch, 28.10. um 18 Uhr in Dransfeld, Tulpenweg 2a bei Uli Maschke
 Mitfahrgelegenheit von Göttingen: 17.25 Uhr Parkplatz vor Alter Zoologie, Berliner Str.

Termine der Ortsverbände

OV Göttingen Mitgliederversammlung

Montag, 5. Oktober 19:00 Uhr, Ort: Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Str. 2
 Thema: Vorstellung der Göttinger solid-Gruppen

OV Kreis Osterode

Eine konstituierende Versammlung des Ortsverbandes wird voraussichtlich im Oktober stattfinden. Zu dieser wird dann gesondert eingeladen.

OV Hann Münden Mitgliederversammlung

Donnerstag, den 29. Oktober, um 19.00 Uhr in der Gaststätte „Zum Onkel Paul“
 Siebenturmstr. 9, Hann. Münden.

OV Dransfeld: LINKER Stammtisch in Dransfeld

Mittwoch, 28.10. 18.00 Uhr in Dransfeld, Tulpenweg 2a bei Uli Maschke

OV Rosdorf Mitgliederversammlung

Dienstag, 20.10.2015, 19.30 Uhr in der Gaststätte Zum Krug, Mühlengrund 23, Rosdorf

Treffen der Linksjugend solid

Jeden Mittwoch ab 18 Uhr im Roten Zentrum

Arbeitskreise:

Treffen der AKL Göttingen

Freitag, 16. Oktober, 19:00 Uhr bei Arbeit & Leben, Lange Geismar Straße 72 – 73

Treffen der Sozialistischen Linken:

Mittwoch, 28. Oktober, 19:00 Uhr, im Berliner Hof, Weender Landstr

Kreisverband Göttingen

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen
 Tel.: (0551) 49 56 66 80
kreisverband@dielinke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Nach Vereinbarung im Rotes Zentrum,
 Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de.

Linksjugend [;solid]:

solidgoettingen@gmail.com

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:
ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

Olaf Klein, Hallenbadstr. 1,
 34346 Hann. Münden, Tel. 05541-5571,
hann.muenden@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Stine Rummel-Strebelow
 Tel. 0551/49269269 und 01577/5895059
rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549,

OV Kreis Osterode

Ilays Cangöz
kreis.osterode@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,
 37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,
dransfeld@dielinke-goettingen.de

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973
 Festnetz: 0551-40137061
eckhardfascher@web.de

Antikapitalistische Linke

Meike Brunken, Tel. 01577 78 25 333
 E-Mail: akiraki8@web.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,
 Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,
 E-Mail: ag-gb@dielinke-goettingen.de

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer
 E-Mail: SL-Goettingen@web.de

AG Antifa

Michael Kaufmann
ag.anti.fa.linke.goe@web.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Dr. Eckhard Fascher, Genfstraße 18,
 37079 Göttingen, Tel. 01523 2077973
 oder 0551-40137061
 E-Mail: eckhardfascher@web.de

Spendenkonto

des KV Göttingen: Kto-Nr. 3401510800
 Volksbank Göttingen BLZ: 26090050

▶ Kein Ende in Sicht

Cornelia Ernst

Fast ein Jahr ist es nun her, dass sich Anfang Oktober 2014 Minister und Regierungschefs gemeinsam mit hochrangigen Vertretern des Europaparlaments auf Lampedusa einfanden, um dort das einjährige Gedenken des Schiffsunglücks des vorigen Oktobers zu begehen. Damals war ein Boot unmittelbar vor der Küste Lampedusas gesunken. Nur sehr wenige konnten gerettet werden.

Zur selben Zeit verkündete die italienische Regierung das bevorstehende Ende der Rettungsaktion „Mare Nostrum“, durch die die Opferzahlen zwischen Oktober 2013 und 2014 relativ niedrig blieben indem die italienische Marine intensiv in die Seenotrettung eingebunden wurde. Vor diesem Hintergrund wurden dann an Bord von Schiffen der italienischen Küstenwache am 3. Oktober 2014 staatstragende Trauerreden gehalten und ein paar Maßnahmen versprochen, damit sich solch eine Katastrophe nicht wiederhole. Auch damals hieß es schon „Jetzt ist es genug“ und „Nicht noch einmal“. Praktisch zur selben Zeit sank wieder ein Boot in unmittelbarer Nähe der Insel.

Der FRONTEX-Einsatz „Triton“ wurde als Ersatz für „Mare Nostrum“ verkauft, allerdings umfasst das Einsatzgebiet nur die italienischen Küstengewässer und reicht nicht bis zur libyschen Küste. Zudem ist das Ziel des Einsatzes gar nicht die Rettung von Menschen in Seenot, sondern Grenzschutz. Es ist ganz einfach der Auftrag von FRONTEX als Behörde, zu verhindern, dass Menschen die europäischen Grenzen überqueren und genau deshalb sind sie für Rettung auf See vollkommen ungeeignet: die Geretteten müssen auf jeden Fall nach Europa gebracht werden. Abgesehen davon wurde Triton von Anfang an mit viel zu wenig Schiffen, Hubschraubern und Beamten ausgestattet, um ernsthaft als flächendeckende Rettungsoperation gelten zu können. Damit war für Viele schon zu diesem Zeitpunkt die nächste Katastrophe vorprogrammiert.

Seit dem Frühjahr 2015 macht es aber überhaupt keinen Sinn mehr, von einzelnen Katastrophen zu sprechen. Ende April kam es zu einer ganzen Se-

rie von Unglücken, innerhalb von wenig mehr als einer Woche, mit mehr als 2000 Opfern. Für den Sommer war mit einer Verschlechterung der Lage zu rechnen und die Befürchtungen wurden noch einmal übertroffen. Klar, dass schleunigst Abhilfe hätte geschaffen werden müssen. Stattdessen wurden Beschlüsse der europäischen Regierungen getroffen, die entweder in die falsche Richtung gingen oder „zu wenig, zu spät“ waren.

Verbindliche Aussagen zur Aufnahme von Flüchtlingen werden nicht gemacht, stattdessen sollen Verbindungsbeamte in Drittstaaten, darunter Ägypten, Sudan, Eritrea, mehr Information über die „Migrationsströme“ sammeln. Dahinter verbirgt sich aber das Ziel, kurz- bis mittelfristig so viel zu wissen, dass die Flüchtlinge bereits in Nordafrika am Ablegen gehindert werden können, damit sie – und das ist der wichtigste Punkt – bleiben wo sie sind. Zu diesem Zweck haben Beamte der Kommission noch im Mai den „Krieg gegen Schmuggler“ ausgerufen.

Zunehmend werden in offiziellen Verlautbarungen der Europäischen Kommission oder der Regierungen Schlepper, die sogenannten Schmuggler, als Schuldige an der heutigen Misere dargestellt. Ein vorläufiger Höhepunkt war der Plan, selbst Boote konfiszieren oder zerstören zu wollen, die möglicherweise später von Schleppern genutzt werden könnten. „Kollateralschäden“ werden billigend in Kauf genommen. Damit ist klar: das, was Kommission und Rat als „Krieg gegen Schmuggler“ verkaufen, ist in Wirklichkeit ein Krieg gegen Flüchtlinge. Die Grenze zwischen einer menschenverachtenden Grenzpolitik und einem Verbrechen wird nun endgültig überschritten.

Bisher werden offiziell nur Informationen gesammelt, aber die EUNAVFOR MED genannte Operation läuft. In der Zwischenzeit zeigen sich die Effekte der Beschlüsse des Frühjahrs. Statt in Italien kommen seit Ende Juni die meisten Flüchtlinge in Griechenland an, vor allem auf den Inseln Lesbos und Kos, direkt vor der türkischen Küste gelegen. Gleichzeitig gewinnt die sogenannte Balkanroute an Bedeutung, also der Weg in den reichen Teil Europas über Mazedonien und Serbien

Europabüro Göttingen

Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
tel 05 51- 507 66 823
fax 05 51- 507 66 838
europabuero-loesing@web.de
www.sabine-loesing.de

nach Ungarn und von dort weiter nach Deutschland und anderswo. Auch die Gesamtzahl der Flüchtlinge ist gestiegen, in manchen EU-Staaten auf etwa das Doppelte des Vorjahres, allerdings setzt sich hier ein mehrjähriger Trend fort, der je nach Land seit drei bis sieben Jahren andauert. An der Herkunft der Asylsuchenden hat sich indessen kaum etwas geändert, Syrien, Afghanistan und Kosovo führen seit Jahren die Top 3 an.

Weder lassen sich die Probleme auf dem Mittelmeer lösen, noch wird die Zahl der Flüchtlinge abnehmen, indem man den Schleppern den Kampf ansagt. Erstens sind es eben nicht die Schlepper, die die Flüchtlinge von einer Überfahrt überzeugen, sondern eben Hunger, Elend, Folter und Unterdrückung direkt vor europäischen Grenzen. Zweitens sind gut abgedichtete Grenzen praktisch die Geschäftsgrundlage von Schleppern. Sie sind eine Begleiterscheinung der Abschottung Europas, nicht der Grund, aus dem Flüchtlinge nach Europa wollen.

Um das Sterben auf dem Mittelmeer zu beenden, müsste zuerst die Seenotrettung auf dem Mittelmeer ausgebaut werden, mit der Hilfe aller EU-Staaten. Dauerhafte und reguläre Kapazitäten für die Erstaufnahme müssen eingerichtet und unterhalten werden. All das kostet vor allem Geld, worauf sich die Mitgliedstaaten der EU einigen müssten. Zweitens müssen ganz dringend legale Alternativen zur Überfahrt auf dem Mittelmeer geschaffen werden. Nur wenn normale Transportmittel legal in die EU genutzt werden können, wird den Schleppern das Geschäft entzogen. Und drittens müssen die Fluchtursachen bekämpft werden. Das allerdings ist leichter gesagt als getan, schaut man sich die Herkunftsländer einmal an. Man müsste den Bürgerkrieg in Syrien beenden, das Kosovo der Mafia entreißen, die Diktatur in Eritrea beenden und in Afghanistan befrieden. Solange das nicht gelingt, bleibt uns nur Seenotrettung, ein menschenfreundliches Verteilungssystem statt Dublin und die legalen Wege für Flüchtlinge, wenn wir das Sterben beenden wollen.

GROBIAN

Groner Bürgerinitiative Antifaschismus

- ☛ Kontakt unter 0551-9004939 (Hendrik)
- ☛ mail: grobian-grone@web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags, Ort bitte vorher erfragen



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

► Runder Tisch

Grone ist wieder am Arbeiten

Bei dem zweiten Zusammentreffen des Runden Tisches waren 13 interessierte Menschen dabei, darunter auch die Ortsbürgermeisterin Frau Steer, die es ausdrücklich begrüßte, diese Runde wieder zu beleben. Alle Beteiligten waren sich einig, wieder regelmäßig zu tagen, da es weiterhin Bedarf gibt, aktiv im Stadtteil zu wirken. Angestrebt ist, sich wieder abwechselnd bei den Kirchengemeinden und dem Ortsrat zu treffen. Diskutiert wurde der Weggang der Sparkasse und der Volksbank und die dadurch entstehende Sorge um die Quartiersplätze. Der Leerstand der Peloton/Westgrund-Wohnungen wurde beklagt, insbesondere in einer Situation, wo dringend Wohnraum für Menschen mit geringem Einkommen, Flüchtlinge und StudentInnen gesucht wird und es gilt diese nicht gegeneinander „auszuspielen“.

Bei einer Unterbringung von Flüchtlingen war Mensch sich einig, dass es besser sei, die leerstehenden Wohnungen zu nutzen, als mit Containern oder ähnlichen „Massenunterkünften“ zu arbeiten. Die Unterbringung von Flüchtlingen muss aber zugleich durch geeignete Maßnahmen der Sozialarbeit und Betreuung vor Ort begleitet werden, um eine Akzeptanz in der Nachbarschaft nicht zu gefährden.

Zu dem Thema Leerstände wird der nächste Runde Tisch am Montag, 12.10.15, um 19 Uhr im Nachbarschaftszentrum stattfinden. Eingeladen sind: Peloton/Westgrund, die Sozialplanerin der Stadt Göttingen Frau Kornhardt, das Studentenwerk und der ASTA.



Filmfreunde Grone

Die Filmfreunde Grone suchen Menschen die Interesse haben uns bei den Aufführungen des Winterkinos und darüber hinaus zu unterstützen, gerne auch mit technischem Interesse zur Bedienung der Technik (Beameraufbau usw.)

Kontakt über die GroBiAn'e



Das Winterkino Grone zeigt

„Horizonte erweitern!...“

16. Oktober 2015

**Monsieur Claude
und seine Töchter**

20. November

Rhythm is it

18. Dezember

Könige der Nutzholzgewinnung

15. Januar 2016

Willkommen bei den Sch'ties

19. Februar

**Mr. May und das
Flüstern der Ewigkeit**

18. März

Salami Aleikum

in der Jona Gemeinde
(Eingang neben der „Schreibwarenecke“)
ab 18:30 Uhr, Filmbeginn 19:00 Uhr

Eintritt 1 € (für Verzehrbon)
Es werden Speisen und Getränke angeboten



Liebe Leserinnen und Leser,
die Sommerpause des Rates der Stadt ist nun mehr beendet. Wie zu erwarten war, haben wir die politischen und kommunalpolitischen Fragen und Aufgaben keine Ferien gemacht. Die Ratsfraktion der GÖLINKE auch nicht.

Das allumfassende und hochaktuelle Thema, ist die Lösung der Herausforderung und Aufgaben, die die Ankunft, Versorgung und menschenwürdige Unterbringung der vielen zu uns gekommenen und zu uns kommenden Flüchtlingen und Asylsuchenden. Hierzu weisen wir in diesem ‚Ratsinfo‘ auf unsere Informationen und Anträge sowie in Kürze geplante Anträge hin.

- Fraktion Göttinger Linke
- Neues Rathaus, Zi. 196
- Hiroshimaplatz 1-4
- 37083 Göttingen
- tel 05 51-4 00 24 99
- fax 05 51-4 00 20 79
- goelinke-fraktion@goettingen.de
- www.die-linke-goettingen.de

Bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum schaffen – Ausgrenzung entgegensteuern

Die Lage auf dem Göttinger Wohnungsmarkt spitzt sich täglich weiter zu. Die Konkurrenz vor allem um bezahlbaren Wohnraum nimmt gerade vor dem anstehenden Semesterbeginn der Universität Göttingen und dem weiteren Zuzug von Flüchtlingen stetig zu. Die GÖLINKE. Ratsfraktion formuliert in ihrem Antrag die Forderung nach Landes- und Bundesmitteln zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus. Sie stellt auf Grund eines dauerhaften Mangels an bezahlbarem Wohnraum steigende Konkurrenz, Stigmatisierung und Ausgrenzung benachteiligter Bevölkerungsgruppen fest. Frei von Rassismus, Chauvinismus und Rechtsradikalismus sollen Rat und Verwaltung der Stadt Göttingen die Bevölkerung nachdrücklich für diese Themen sensibilisieren.

Schulisches Integrationskonzept für Flüchtlingskinder

Im Rahmen eines interfraktionellen Antrages wird die Verwaltung gebeten, ein Konzept für die schulische Versorgung der in Göttingen zu erwartenden schulpflichtigen Flüchtlingskinder zu erarbeiten.

In der Stadt und im Landkreis Göttingen werden in der nächsten Zeit ca. 3000 Flüchtlinge erwartet, 30% davon sind Kinder. Die schnelle Integration dieser Kinder, die kaum oder gar nicht Deutsch sprechen, stellt für unsere Schulen eine besondere Herausforderung dar. Zwar gibt es an einer Reihe von Göttinger Grundschulen und Gymnasien bereits Sprachlernklassen und auch konkrete Integrationskonzepte; diese sind aber der Eigeninitiative der jeweiligen Schule zu verdanken.

Angesichts der großen Zahl der zu erwartenden Flüchtlingskinder ist jedoch ein umfassendes Gesamtkonzept erforderlich. Dabei sollten auch neue Wege beschritten werden, um ihnen den späteren Einstieg in die Regelschule zu erleichtern.

Freiwilligenmanagement für Flüchtlinge und Ehrenamtliche aufbauen

Ein weiterer interfraktioneller Antrag hat das Ziel, ein Höchstmaß an Hilfen für Flüchtlinge zu gewährleisten. Mittels eines geforderten Sofortprogramms sollen bereits bestehende Angebote gebündelt, ergänzt und gefördert werden. Dazu ist es erforderlich, koordiniert vorzugehen und weiterführende Maßnahmen zu ergreifen. Die professionelle Arbeit der Freiwilligen und Ehrenamtlichen soll durch das Freiwilligenmanagement der Stadtverwaltung aktiv unterstützt werden.

Antikriegstag 2015

In einem GÖLINKE. Ratsinfo-Extra hat die Ratsfraktion der GÖLINKE. die Aktionen zum Antikriegstag 2015 unterstützt. In einer Welt in der nach wie vor für die Interessen des Kapitals Kriege geführt werden und in der die BRD zu den größten Waffenproduzenten und –exporteuren gehört, wurden Zeichen für den Frieden gesetzt. Wir unterstützen die Initiativen gegen Waffenproduktionen und Waffenexporte und sind für die Ächtung von Atomwaffen. Eine friedliche Welt mit sozialer Gerechtigkeit für alle Menschen!

Girokonto für Flüchtlinge

In den letzten Wochen ist immer wieder die Forderung erhoben worden, dass es für Flüchtlinge möglich sein muss, dass sie bei einer Bank ein Girokonto eröffnen. Zuletzt wiesen Vertreter des ‚AK Asyl‘, die aufgrund des Vorschlags von Patrick Humke gleich zu Beginn der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung des Sparkassenzweckverbandes ihre Anliegen vortragen konnten, auf diesen Sachverhalt hin. Sehr gut war in diesem Zusammenhang, dass betroffene Flüchtlinge ebenfalls anwesend waren. Ein Vertreter der Sparkasse Göttingen wies in einem ausführlichen Referat darauf hin, dass seine Bank die einzige in Göttingen sei, die es Flüchtlingen ermögliche, ein Girokonto zu eröffnen. Andere Banken verweigerten es nach wie vor, weil sie sich offensichtlich vor den Kosten scheuten. Leider ließen es die engen gesetzlichen Rahmenbedingungen in Deutschland und der EU nur zu, dass Flüchtlinge direkt nach der Aufnahme und anerkannte Asylbewerber diese Möglichkeit bekämen – also die über 800.000 Menschen, die derzeit nach Deutschland kommen. Flüchtlinge, die den Status der ‚Duldung‘ haben, hätten darauf keinen Anspruch. Die Sparkasse Göttingen kritisierte diese gesetzliche Grundlage und erwartete von der Bankenaufsicht, dass für Abhilfe gesorgt werde. Die Sparkasse Göttingen beabsichtige in der kommenden Zeit, vermehrt Migranten und Flüchtlinge zu qualifizieren, auszubilden und einzustellen, damit z.B. die Einrichtung von Konten schneller vollzogen werden könne. Die Probleme der in der Sitzung anwesenden Flüchtlinge konnten geklärt werden.

Es hat sich wieder einmal gezeigt, dass die Gesetzesgrundlage in Deutschland und Europa für Nichtdeutsche in vielen Punkten Ausgrenzung und Diskriminierung angelegt ist. Des Weiteren hat sich wieder einmal bewiesen, dass nur öffentliche Banken eine Verantwortung für alle hier lebenden Menschen sehen, während die Privatbanken gerne Milliarden EURO für die eigene ‚Rettung‘ eingesackt haben. Wir sind in der Verantwortung das Sparkassengesetz weiter zu verteidigen und genau hinzuschauen, wen wir in der Kritik in den Fokus nehmen.

Abschließend möchten wir auf die vielfältigen Möglichkeiten hinweisen, sich praktisch mit und für Flüchtlinge in unserer Stadt zu engagieren. In diesem Sinne: **Solidarität muss Praxis werden!!!**

► Fluchtursachen bekämpfen, Kapitalismus zu Fall bringen!

Von Yannic Dyck, AKL Göttingen und Landessprecher der Linksjugend Niedersachsen

Trotz einer großen Hilfsbereitschaft der Bevölkerung brennen beinahe täglich Geflüchtetenunterkünfte, werden Asylbewerber*innen auf offener Straße angegriffen. In Heidenau und anderswo organisieren Faschisten – unter Beteiligung von Anwohner*innen – flüchtlingsfeindliche Aufmärsche und erzeugen eine Pogromstimmung. Auch wenn dem rassistischen Mob breiter Widerstand entgegenschlägt, ist die Gefahr noch lange nicht gebannt. Die Stimmung kann jederzeit umschlagen, wenn der Widerstand nur von lokalen Initiativen und Gewerkschaften organisiert und getragen wird. Die Heuchler um Gauck, Merkel und Gabriel, die sich von dem „Pack“ aus „Dunkeldeutschland“ distanzieren, sind dabei keine Hilfe, sondern Täter. Es ist ihre Kürzungs- und Sparpolitik, die soziale Ausgrenzung, Abstiegsängste und Entfremdung breiter Bevölkerungsschichten schafft.

Die neoliberale Politik der schwarzen Null führt zur finanziellen Ausblutung der Kommunen. Es wird überall gekürzt; es werden Stellen abgebaut, Jugendzentren und Schwimmbäder geschlossen, öffentliches Eigentum an private Unternehmer verhökert und die kommunale Infrastruktur verfällt. Gleichzeitig sollen die maroden Kommunen die Flüchtlingsunterbringung trotz Spardiktaten und Schuldenbremsen zu großen Teilen aus der eigenen Tasche bezahlen.

Es ist mehr als genug gesellschaftlicher Reichtum vorhanden, um Flüchtlinge und Nicht-Flüchtlinge menschenwürdig wohnen zu lassen, um Sport, Kultur und Infrastruktur aufzubauen und

gleichzeitig allen Menschen ein Leben in Würde zu gewährleisten. Doch ist dieser Reichtum ungleich verteilt. Während die ärmsten 50% in Deutschland ca. 2% des Gesamtvermögens besitzen, verfügen die reichsten 40.000 Haushalte über 17%, das reichste Prozent sogar über 33% des Vermögens. Die Familie Quandt besitzt 31 Milliarden Euro. Dieses Geld hat sie nicht verdient, sondern durch Diebstahl und Ausbeutung angehäuft. Erwirtschaftet wurde dieses Geld von Arbeiter*innen. Die Krisen dieser Ausbeuter und Spekulanten werden – wie in Griechenland – auf die einfache Bevölkerung übertragen und ihr Reichtum gleichzeitig durch Sozialabbau, Privatisierungen und Kürzungen ins Unermessliche gesteigert. Allein mit dem Vermögen der Familie Quandt könnte man die kompletten Kosten für Flüchtlingsunterbringung und -betreuung für mehrere Jahre finanzieren und darüber hinaus noch unzählige Sportplätze, KITAS - und alles was sonst noch so gebraucht wird – errichten.

Fluchtursachen made in Germany

Auf der Jagd nach billigen Arbeitskräften, neuen Einflussgebieten, Rohstoffen und Absatzmärkten schaffen die Chefs und Eigentümer deutscher Banken und Konzerne und die ihnen treu ergebenen Kriegsparteien SPD, CDU und Grüne weltweit Fluchtursachen. Der deutsche Imperialismus versucht seinen Einfluss auf dem Weltmarkt immer weiter auszuweiten und seine Profite zu steigern. Dazu werden Waffen in alle Welt geliefert und Konflikte befeuert, die Umwelt zerstört, ganze Bevölkerungen in die Armut gezwungen und Kriege geführt. Im Kosovo hat die Bundeswehr einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg geführt. In der Folge rissen sich deutsche Kapitalisten ehemalige Staatsbetriebe unter den Nagel und die Bundesregierung beteiligte sich an der de facto Besetzung des Landes. Die soziale Abstiegs- und Verarmungsspirale, die dadurch in Gang gesetzt wurde, zwingt heute immer mehr Kosovar*innen

**Basisgruppe
revolutionärer
Antikapitalist*innen**



zur Flucht, auch nach Deutschland. Viele syrische Flüchtlinge fliehen vor dem Terror des IS. Die deutsche Regierung liefert massenhaft Waffen an Staaten wie die Türkei, Saudi-Arabien oder Katar, die den IS materiell aufrüsten. Noch heute fliehen viele Menschen vor den Folgen, die dieser Einsatz hinterließ. Die militärische und wirtschaftliche Versklavung großer Teile der Welt ist Folge der kapitalistischen Konkurrenz- und Profitlogik und Fluchtursache Nummer 1. Die Fluchtverursacher sitzen in den Führungsetagen von Bayer, ThyssenKrupp, Heckler und Koch, Deutsche Bank und auf den Regierungssesseln deutscher Parlamente.

Eine andere Flüchtlingspolitik ist möglich

Niemand verlässt freiwillig seine Heimat und sein soziales Umfeld und riskiert auf einer strapaziösen Flucht sein Leben, um „Sozialtourismus“ zu betreiben. Alle Menschen die nach Deutschland und die EU geflohen sind, müssen das Recht haben, hier zu bleiben. Ihnen müssen umfangreiche Sprach- und Integrationskurse zur Verfügung gestellt werden. Ihre Abschlüsse und Qualifikationen gehören anerkannt und sie brauchen einen gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt, zum Gesundheitssystem und zu allen sozialen Leistungen, welche die Arbeiterbewegung dem Kapital abtrotzen konnte. Menschenwürdige Unterbringung heißt, Erstaufnahmelager abzuschaffen und auch in der Folgeunterbringung mittelfristig ausschließlich dezentralen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Solange dies noch nicht umgesetzt ist, müssen die Gemeinschaftsunterkünfte so gestaltet sein, dass ausreichend Privatsphäre und Personal zur Betreuung zur Verfügung steht. Hygienische Standards und Höchstkapazitäten müssen ebenso eingehalten werden wie Möglichkeiten zur sozialen und gesellschaftlichen Partizipation. Und nicht zuletzt braucht es endlich legale Einreisemöglichkeiten nach Europa, damit das Morden gestoppt wird und die Bilder von Lampedusa und Bodrum endlich der Vergangenheit angehören.

Der vollständige Text ist unter <http://www.antikapitalistische-linke.de/?p=1000> abzurufen.



Welle der Hilfsbereitschaft trotz rassistischer Asylgesetze

DIE LINKE.

Kreisverband Göttingen

► KMV am 17. September

Die rund 30 teilnehmenden Mitglieder behandelten abweichend von der Einladung schwerpunktmäßig die Flüchtlingspolitik. Hierzu lag ein Antrag der Göttinger solid-Basisgruppe Revolutionäre Antikapitalistinnen und weiterer Genoss_inn_en vor. Im Mittelpunkt der Diskussion standen einerseits die Fluchtursachen andererseits konkrete Maßnahmen auch auf lokaler Ebene zur menschenwürdigen Unterbringung und Behandlung von Flüchtlingen. In Stadt und Kreis Göttingen ist die Situation völlig außer Kontrolle geraten.

In dem mit einigen Änderungen einvernehmlich beschlossenen Antrag fordert die KMV, die Nutzung länger leerstehender Gebäude und Räumlichkeiten in Gemeinschaftsunterkünfte mit maximal 50 Personen und zwei Personen pro Zimmer. Diesen sollen kostenlose soziale und medizinische Leistungen und

Zugang zum ÖPNV ermöglicht werden. Um eine hundertprozentige dezentrale Unterbringung zu erreichen soll der soziale Wohnungsbau ausgebaut und länger leerstehende Wohnungen genutzt werden. Flüchtlinge sollen sofort arbeiten dürfen, ihre Abschlüsse müssten anerkannt werden. Die Kosten für die Flüchtlingsunterbringung und -Betreuung sollen von Land und Bund übernommen werden. Auch die ehrenamtlichen Helfer sollen unterstützt werden.

Ferner wendet sich der Kreisverband gegen die Schließung der Grenzen, Frontex und Auslandseinsätze der Bundeswehr bis hin zum NATO-Austritt.

„Die militärische und wirtschaftliche Versklavung großer Teile der Welt“ als „Folge der kapitalistischen Konkurrenz- und Profitlogik“ wurde als „Fluchtursache Nr. 1“ benannt. (Zu weiteren Fluchtursachen vgl. auch S. 10)

Desweiteren solidarisierte sich die KMV einstimmig mit denjenigen Kräften in Griechenland, die entgegen des Kurses der Syriza-Mehrheit an dem NEIN gegen das Diktat der Eurozone festhalten und erteilte einer weiteren Unterstützung der Syriza eine Absage.

In einem Bericht zur Kampagne „Das muss drin sein“ forderte das zuständige Landesvorstandsmitglied Andreas Braendle, dass die Solidarität mit den Flüchtlingen nicht dazu führen darf, dass Geringverdiener, Hartz-IV-Empfänger und vor allem deren Kinder vergessen werden. Die deutliche Erhöhung von Hartz-IV-Regelsätzen zu einer Existenz sichernden sanktionsfreien Mindestsicherung und die Einführung eines steuerfreien Mindestlohnes würde auch eine Absage der Austeritätspolitik bedeuten. Vorbild sei Frankreich mit einem Mindestlohn von rund zehn Euro und einer 35-Stunden-Woche. Teil der Kampagne ist auch ein Ausbau und Aufwertung der Pflege- und der Bildungsberufe. Krankenhäuser müssen öffentlich sein.

Er rief zur Teilnahme an der Großdemonstration gegen TTIP & CETA am 10.10. in Berlin auf. Mit diesen Abkommen würde es keine demokratische und parlamentarische Beteiligung mehr geben. *ef*

► OMV: Soziale Revolution und Plattdeutsch

Der Ortsverband Göttingen DIE LINKE traf sich am Montag, 14.09., um die Kommunalpolitische Konferenz der Göttinger Linken am 17.10. vorzubereiten.

Es ergaben sich folgende Schwerpunkte für den Kommunalwahlkampf:

- der Ausbau von Gesamtschulen soll weiter getrieben, Schließungen von Schulstandorten muss vermieden, in vielen Fällen auch wieder rückgängig gemacht werden.
- Sanktionen in Hartz IV stoppen!
- Abschiebungen stoppen!
- besonders Mieten, Wohnen und die Förderung des sozialen Wohnungsbaus wird eine größere Rolle spielen als im Programm von 2011
- ÖPNV soll wieder ausgebaut werden. Zu viele Buslinien sind schleichend ganz abgeschafft oder deutlich ausgedünnt worden, um Zuschussgelder zu reduzieren. Diese sind seit den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts nominal in der gleichen Höhe gehalten worden,

als wenn es keine Inflation gegeben hätte!

Stadt und Landkreis sollen Sanktionen in Hartz IV und Abschiebungen aussetzen. So steht der Widerstand vor Ort und kann auch durch weitere gesellschaftliche Kräfte auf allen Ebenen unterstützt werden.

Als wichtige Klammer für die gesamte linke Politik wird die Finanzierungsfrage betrachtet. Sie soll mit der Forderung nach der drastischen Anhebung des Grundfreibetrags der Einkommensteuer neu angegangen werden. Die Bevölkerung wird so dafür zu gewinnen sein, auch die Forderung nach deutlich höherer Besteuerung der Unternehmen und Reichen im Programm der Bundespartei zu unterstützen. Aus Göttingen stammt die Initiative, hierzu ein Faltblatt zu erstellen, das in großer Auflage auch in Steckaktionen verbreitet werden soll.

Und warum Plattdeutsch? Als Forderung für das Rahmenprogramm möchte der OV Göttingen, dass Ortsschilder, wo

bekannt, zusätzlich zum hochdeutschen Ortsnamen auch mit dem niederdeutschen beschriftet werden. Bestimmt eine launige Initiative, die bei vielen potentiellen Wähler*innen gut ankommt.

In größerer Runde wird bei der kommunalpolitischen Konferenz der Wähler*inneninitiative Göttinger Linke am 17.10. über das Wahlprogramm gesprochen werden.

esch



STOP TTIP

Aktionstag in Göttingen

am Freitag, 2.10.
am Jakobikirchhof

LINKER Stand 15:00 bis 18:00 Uhr

► „Aus die Maus“ in der Historischen Spinnerei Gartetal

Eine Gruppenarbeitsgelegenheit (1-Euro-Job) in der Historischen Spinnerei im Gartetal musste am 31.08.2015 überraschend die Arbeit einstellen. Hier waren 12 langzeitarbeitslose Herren, fast alle über 55 Jahre alt im Einsatz, um die Historische Spinnerei zu einem Industriemuseum bzw. Industriedenkmal umzubauen. Im Jahre 1967 wurde der Betrieb in der Spinnerei stillgelegt und alle Maschinen standen seitdem still. Der 1982 gegründete Förderverein ist seit vielen Jahren darum bemüht, diese wunderschöne und einzigartige Anlage für die touristische Nutzung herzurichten und ein attraktives Ausflugsziel für Wochenendausflüge und Radtouren zu schaffen.

In Kooperation mit dem Landkreis Göttingen und der landkreiseigenen GAB Südniedersachsen wurde hier zum 01.09.2014 eine Gruppen-AGH eingerichtet. Als Teilnehmer zugewiesen wurden Langzeitarbeitslose aus den verschiedensten handwerklichen Berufen, die aufgrund ihres Alters und zum Teil gesundheitlicher Einschränkungen auf dem ersten Arbeitsmarkt nur schwer eine Möglichkeit finden, sich und ihre Erfahrungen einzubringen. Es war geplant, bis zum 28.02.2016 den Maschinensaal zu renovieren, die alten Maschinen (z.T. aus dem 19. Jahrhundert) zu restaurieren und diverse Reparaturen an den historischen Fachwerkgebäuden durchzuführen.

Zu Beginn hielt sich die Begeisterung in Grenzen. Die Teilnahme an einer AGH

ist zwar freiwillig aber eine freiwillige Nichtteilnahme gereicht einem Langzeitarbeitslosen manchmal doch zum Nachteil. Nach kurzer Zeit waren die Widerstände kein Thema mehr: eine handwerkliche Herausforderung, eine angenehme Arbeitsumgebung, Wertschätzung und Respekt ließen die zwölf Teilnehmer und ihren Anleiter zu einem funktionierenden und erfolgreichen Team zusammenwachsen. Nachdem sie jahrelang von Teilhabe am Arbeitsleben ausgeschlossen waren hatten sie nun endlich wieder Kollegen, mit denen sie sich austauschen konnten, über die man sich auch mal ärgern kann, mit denen man gemeinsam Probleme löst, von denen man was lernen kann und mit denen man Pausen verbringt und auch mal gemeinsam grillt oder Geburtstag feiert. Einer backt abends Zuhause Kekse und bringt sie seinen Kollegen mit, der andere kennt sich mit Rentenfragen aus und hilft den anderen, einer wird Opa und von seinen Kollegen mit Ratschlägen überhäuft. Eben das, was Teilhabe am Arbeitsleben genannt wird und für jeden Menschen wichtig ist. Dass sie nur einen Euro in der Stunde verdienten geriet in den Hintergrund aber nicht in Vergessenheit.

Innerhalb weniger Tage war das bis dahin so viel gelobte und als Kulisse für Pressetermine gern genutzte Projekt in der Historischen Spinnerei dann Opfer politischer Entscheidungen: Aufgrund von Kürzungen beim Eingliederungsbudget, die der Bund vorgenommen hat, müssen

nun Mittel umgeschichtet werden und die Gelder für AGH sind plötzlich nicht mehr vorhanden. Diese Gelder waren im Haushalt des Landkreises für das laufende Jahr eingeplant. Als Begründung wird u.a. das Bundesprogramm Soziale Teilhabe genannt, das für 10.000 Langzeitarbeitslose eingerichtet werden soll (ca. 1% der Langzeitarbeitslosen). Dieses Programm wird aber im Landkreis Göttingen nicht angeboten - d.h. die eine Sozialdemokratin, Arbeitsministerin Nahles, nimmt dem anderen Sozialdemokraten, dem Sozialdezernenten Marcel Riethig das Geld aus der Kasse ohne dafür eine Gegenleistung anzubieten. Dazu ist allerdings anzumerken, dass in anderen Landkreisen diese Argumentationskette und die Konsequenzen nicht verfolgt werden. Dort werden die AGHs weiter geführt. Der Förderverein Historische Spinnerei Gartetal wurde ebenfalls vor vollendete Tatsachen gestellt und ist enttäuscht.

Was die Herren aus der Historischen Spinnerei und des Fördervereins dabei gelernt haben ist, dass die Wertschätzung, die ihnen von der lokalen Politik entgegengebracht wurde so haltbar ist wie ein Wahlversprechen.



STOP TTIP Aktionstag in Göttingen

**am Freitag, 2.10.
15:00 bis 18:00 Uhr
am Jakobikirchhof**

Busverbindungen zur Demo – Vorläufige Routenplanung mit Abfahrzeiten



Route 1
05:55 Uhr, Göttingen, P+R Schützenplatz

Route 2
05:00 Uhr, Hann. Münden, ZOB am Bahnhof
05:30 Uhr, Dransfeld, Esso-Tankstelle
06:10 Uhr, Göttingen, P+R Schützenplatz

Route 3
05:05 Uhr, Duderstadt, Schützenhaus
05:35 Uhr, Gieboldehausen, Hahlestraße
06:10 Uhr, Göttingen, P + R Schützenplatz

Route 4
05:15 Uhr, Uslar, ZOB
05:45 Uhr, Moringen, Amtsfreiheit
06:10 Uhr, Northeim, Mühlenanger

Route 5
05:20 Uhr, Dassel, Kiosk Sölter
05:45 Uhr, Einbeck, ZOB
06:10 Uhr, Northeim, Mühlenanger

Route 6
06:30 Uhr, Goslar, Bahnhof ZOB
06:45 Uhr, Bad Harzburg; Bahnhof

Route 7
05:50 Uhr, Osterode, Firma Piller
06:00 Uhr, Seesen, Ratskeller

Route 8
05:45 Uhr, Bad Lauterberg, Bahnhof
06:00 Uhr, Herzberg, Bahnhof